



KONTAKT

Rainer Buchholz

Leiter Abfallwirtschaft und Ressourceneffizienz

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 120

EUROPAWAHL

Europa-Positionen der Nichteisen(NE)-Metallindustrie

Forderungen der Nichteisen-Metallindustrie zur Europawahl am 25. Mai 2014

23.05.2014

- Wichtigste Forderung ist die Konsistenz der Politischen Aktionsfelder (Umwelt, Klima, Energie, Handel und Industriepolitik).
- Die NE-Metallindustrie steht im internationalen Wettbewerb. Kosten durch nationale oder regionale politische Maßnahmen können nicht an den Endkunden weitergereicht werden. Sie führen zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Weltweit vergleichbare Ziele und Maßnahmen unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und langfristige Zielvorgaben sind erforderlich, um Investitionen in Ökoinnovationen zu ermöglichen.
- Zielkonflikte vermeiden: Die Unternehmen der NE-Metallindustrie in Europa sind weltweit führend in der Produktion und beim Einsatz von Umwelttechnologien. Durch eine „Überregulierung“ in der EU und dadurch bedingte Zielkonflikte resultieren Kosten, die für die Unternehmen nicht mehr zu stemmen sind.
- Die EU muss darauf achten, nicht nur die Vorreiterrolle beim Klimaschutz und in der Stoff- und Produktpolitik im Blick zu haben, sondern Europa muss auch seine industrielle Basis und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und weiter steigern. Nur wenn es gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungsketten innerhalb eines ressourceneffizienten Systems zu stärken, wird der Rest der Welt dem Vorbild Europas folgen. Die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer beobachten die europäische Entwicklung sehr präzise. Eine Vorreiterrolle kann global gelingen, wenn entsprechende Politikmaßnahmen auf EU-Ebene nicht zu Carbon Leakage bzw. Abwanderungen von Jobs und Investitionen führen. Solange für die europäische Industrie keine internationalen Wettbewerbsbedingungen existieren, ist die Politik aufgefordert, Carbon Leakage zu bekämpfen.
- Umweltprobleme nehmen weltweit zu – besonders in den Schwellenländern. Die EU trägt mit ihren Produkten, insbesondere durch die Märkte für Umwelttechnologien, zum globalen nachhaltigen Wachstum bei.

„Wir benötigen einen horizontalen, ganzheitlichen Ansatz, der alle Politikbereiche umfasst und bessere Rahmenbedingungen für Innovation und Wirtschaftswachstum schafft.“

- Die Verbesserung prozessbedingter Umwelt- und Effizienztechnologien (Öko-Innovation) kann ein Wachstumstreiber entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zum Endprodukt sein. Unsere Industrie hat vor allem Einfluss auf die Weiterentwicklung ihrer eigenen Prozesse, nutzt aber auch ihren Einfluss auf die vor- bzw. nachgelagerte Stufe zur Verbesserung der Öko-Effizienz, z.B. in Gesprächen mit Endproduktherstellern über die Verbesserung der Recyclingfähigkeit der Produkte. Ihren Beitrag zur Schließung des Werkstoffkreislaufs leisten die Metalle schon heute mit dem Recycling. Die Prozessstandards unserer Industrie spiegeln die hohen europäischen Standards wider und sind damit „Benchmark“.
- Die NE-Metallindustrie als „Basisindustrie“ zur Herstellung von Metallen und Halbzeugen befindet sich in der Schnittstelle zwischen global operierenden Bergbau-Unternehmen und ebenfalls global operierenden Abnehmern wie der Automobilindustrie. Sie ist daher von beiden Seiten gefordert, Beiträge für Öko-Innovationen zu liefern.
- Innovationen finden primär in Unternehmen statt. Nur hier fließt die notwendige Kompetenz zusammen und wird integriert (Technik, Finanzen, Markt, Ökologie, Nutzer) betrachtet. Ein förderndes Umfeld (politische Rahmenbedingungen, Förderprogramme) mit der notwendigen Flexibilität für die Unternehmen hat daneben einen positiven Einfluss. Darüber hinausgehende Anforderungen der Politik können unmittelbaren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen haben.

Fazit: Wir benötigen einen horizontalen, ganzheitlichen Ansatz, der alle Politikbereiche umfasst und bessere Rahmenbedingungen für Innovation und Wirtschaftswachstum schafft. Da die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ein zentrales Element der gesamten EU-Politik werden muss, um das Ziel von 20 % Industrieanteil am BIP der EU zu erreichen, muss der institutionelle Rahmen sowohl auf der Ebene des Rates als auch auf Ebene der Kommission angepasst werden. Auf der Ebene der Europäischen Kommission sollte die Struktur an das Ziel der industriellen Renaissance angepasst werden.